

Veröffentlichungen des Dimitris-Tsatsos-Instituts
für Europäische Verfassungswissenschaften

Band 21

Peter Schiffauer (Hrsg.)

Europa bedroht von innen und von außen?

Erträge des Symposions
des Dimitris-Tsatsos-Instituts
für Europäische Verfassungswissenschaften
am 14. und 15. Juni 2019
an der FernUniversität in Hagen



Berliner
Wissenschafts-Verlag

Inhaltsverzeichnis

Einleitung <i>Peter Schiffauer</i>	7
I. Das Wahlergebnis und die Folgen	15
Die neunten Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Eine erste Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive <i>Daniela Braun</i>	17
Das Europäische Parlament nach den Europawahlen 2019 <i>Matthias Büttner</i>	35
II. Die innere Bedrohung der Europäischen Union	45
Teil 1: Die Erosion freiheitlicher konstitutioneller Grundwerte in Europa	47
Was bedeutet Pluralismus für die Werte Rechtsstaat und Demokratie in Art. 2 EUV <i>Ralph Christensen</i>	47
Erosion freiheitlicher konstitutioneller Grundwerte in Europa? <i>Peter Schiffauer</i>	77
Teil 2: Der ökonomische Wettbewerb und die soziale Frage in der Europäischen Union	89
Europäische Union: Neues Narrativ – sozial-ökologische Wende <i>Mechthild Schrooten</i>	89
EU-Wettbewerbspolitik: Zeit für einen ganzheitlichen Ansatz <i>Magdalena Senn</i>	101

Inhaltsverzeichnis

III. Die äußere Bedrohung der Europäischen Union	107
Teil 1: Geopolitik und die Europäische Union	109
Die geopolitische Herausforderung <i>Elmar Brok</i>	109
Teil 2: Die wirtschafts- und handelspolitische Herausforderung an die Europäische Union	123
Innovation, Protektionismus und Unilateralismus: Herausforderungen für die Wettbewerbs- und Handelspolitik der EU <i>Wolfgang Weiß</i>	123
Intensivierung regionaler Wertschöpfungsketten in Europa – Chance im globalen Wettbewerb? <i>Heike Joebges</i>	157
Autorenverzeichnis	175

Peter Schiffauer

Einleitung

Beim vierzehnten Symposium¹ seit seiner Gründung beleuchtete das Dimitris-Tsatsos-Institut für Europäische Verfassungswissenschaften der Fernuniversität in Hagen am 14. und 15. Juni 2019 die in der Europäischen Union gegenwärtig auftretenden Tendenzen der Desintegration und die Integrationskräfte, die gegen solche Tendenzen mobilisiert werden können und sollten. Der vorliegende Band versammelt unter dem Titel „Europa bedroht von innen und von außen?“ die von den Referentinnen und Referenten schriftlich eingereichten Beiträge.

Das Konzept für die zweitägige Veranstaltung erwuchs aus dem Bewusstsein einer multiplen und diffusen Gefahrenlage. Im globalen ökonomischen Wettbewerb sind die während der letzten Jahrzehnte richtungweisenden multilateralen Ordnungen brüchig geworden. Besonders in den Beziehungen der europäischen Staaten zu den Vereinigten Staaten und zu China zeichnen sich neue Formen und auch Auseinandersetzungen ab, in denen die europäischen Volkswirtschaften keineswegs sicher sind, sich behaupten zu können. Der kaum mehr zu verhindernde Klimawandel und seine möglichen Folgen generieren unüberschaubare Risiken – einschließlich unkontrollierbarer Bevölkerungsbewegungen. Europa ist weit davon entfernt, solchen Gefahren geschlossen entgegentreten zu können. Die gerade im Außenverhältnis noch unzureichende politische Handlungsfähigkeit der Europäischen Union erfährt eine weitere Schwächung dadurch, dass der Teil des politischen Spektrums, der die Grundordnung der Union als Basis gemeinsamen Handelns in Frage stellt, in den letzten Jahren gewachsen ist.

Vor diesem Hintergrund bringt das Thema „Europa bedroht von innen und von außen?“ eine von Vielen geteilte Sorge zum Ausdruck. Aus der Sicht des Runden Tisches Europäischer Industrieller ist *„Europa realen Bedrohungen ausgesetzt, doch seine Chancen in den kommenden Jahren können auch bedeutend sein. Die Bedrohungen, denen der Kontinent ausgesetzt ist, kommen von innen und von außen. Sie gefährden den Wohlstand, untergraben europäische Werte und stellen Europas Stellung in der Welt in Frage“*.² Der Präsident der Französischen Republik Emma-

¹ Eine Zusammenstellung der Themen der früheren Symposien mit weiterführenden Hinweisen ist verfügbar unter <https://www.fernuni-hagen.de/dtiev/veranstaltungen/symposien.shtml> (Abruf am 30.01.2020). Die Erträge der Symposien der Jahre 2004, 2006, 2008, 2009, 2010, 2011, 2013, 2014, 2016 und 2018 wurden in der gleichen, beim BWV-Berlin erscheinenden Schriftenreihe des Instituts veröffentlicht.

² „Europe faces real threats, but also opportunities that can be significant in the years to come. The threats faced by the continent are internal and external, and they endanger

nuel Macron bezeichnete die Europawahl des Jahres 2019 als *“die bedeutendste seit 1979, weil die Union einem existenziellen Risiko ausgesetzt ist”*³. Wie sehr solche Besorgnisse gerechtfertigt sind, ist eine noch offene Frage. Für sie steht im Thema ein Fragezeichen.

Im Mai 2019 haben die Wähler gesprochen. Die Wahlbeteiligung ist bei dieser Europawahl deutlich gestiegen. Zwei Drittel der Unionsbürger, die ihre Stimme abgegeben haben, votierten für Parteien, die die Europäische Unionsgrundordnung bejahen und untereinander konstruktiven politischen Streit über die Art und Weise ihrer konkreten Ausgestaltung pflegen. Unmittelbare Gefahr für den Fortbestand des europäischen Einigungswerks besteht somit nicht. War die Dramatisierung der politischen Lage vielleicht nur ein strategisches Mittel, um Wähler dazu zu bewegen, ihre Stimme abzugeben?

Die politischen Kräfte haben ihre Beratungen über den einzuschlagenden Weg aufgenommen. Zunächst standen kontroverse Personalfragen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Keine(r) der von den Europäischen Politischen Parteien benannten „Spitzenkandidaten“ für die Präsidentschaft der Europäischen Kommission hatte eine begründete Aussicht auf die für die Ernennung erforderliche Mehrheit, weder im Europäischen Parlament noch im Rat. Das Paket, mit dem die höchsten Unionsämter, die zur Besetzung anstanden, vom Europäischen Rat auf die in ihm repräsentierten politischen Familien verteilt wurden, erhielt viel Kritik, mit der Wahl von Ursula von der Leyen in das Amt der Präsidentin der Kommission aber schließlich die Zustimmung der Parlamentsmehrheit. Die Identifizierung der prioritär zu bewältigenden substantiellen Probleme schien im neu gewählten Parlament, wenigstens seitens der „konstruktiven“ politischen Kräfte, wenn man der Presse Glauben schenken darf, weniger Schwierigkeiten zu bereiten. Die folgenden Themenkreise tauchen – mit gewissen Variationen – in den Dokumenten immer wieder auf:

- Umwelt und biologische Vielfalt, nachhaltige Mobilität, Bekämpfung des Klimawandels und Abfallvermeidung, Ernährungssicherheit, Gesundheit;
- Wirtschafts- und Sozialpolitik, Beschäftigung, Handel, Wettbewerbs- und Industriepolitik, Besteuerung, Reform der Wirtschafts- und Währungsunion;

prosperity, undermine European values and challenge Europe’s place in the world.” European Round Table of Industrials (ERT), Strengthening Europe’s place in the world – pledges and priorities, April 2019, <https://ert.eu/documents/strengthening-europes-place-in-the-world/> (accessed on 26.4.2019). Eigene Übersetzung.

³ *“Cette élection européenne qui est la plus importante depuis 1979 parce que l’Union est face à un risque existentiel.”* ENTRETIEN. Emmanuel Macron s’engage pour peser dans la bataille des européennes, Ouest-France, 21.5.2019, <https://www.ouest-france.fr/politique/emmanuel-macron/entretien-emmanuel-macron-s-engage-pour-peser-dans-la-bataille-des-europeennes-6359788> (consulté le 30.01.2020). Eigene Übersetzung.

- Innovation, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Binnenmarkt, Verbraucherschutz;
- Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte, Sicherheit, Terrorismusbekämpfung, Grenzen und Migration;
- Europa in der Welt, Entwicklung, Verteidigung, Multilateralismus, Beziehungen der EU zu Afrika, Erweiterung⁴.

Die Erarbeitung brauchbarer politischer Antworten für die benannten Problemkreise wird vermutlich nicht kurzfristig erwartet werden können und größere Anstrengungen erforderlich machen.

Ungefähr ein Drittel der Stimmen wurde bei der Europawahl des Jahres 2019 zugunsten von Parteien abgegeben, die der Grundordnung der Europäischen Union ablehnend gegenüberstehen. Es ist nicht sicher, dass alle Wähler dieser Parteien ernsthaft die Auflösung der Europäischen Union wollen. Manche von ihnen werden als Protestwähler gestimmt haben. Dennoch beschwört die Ablehnung durch jenes Drittel von Enttäuschten oder Zurückgelassenen neue Unsicherheiten für das Projekt der wirtschaftlichen und politischen Integration Europas herauf. Würde man im Rahmen einer nationalen Verfassungsordnung beruhigt zum Tagesgeschäft übergehen können, wenn ein Drittel der gewählten Abgeordneten diese Verfassungsordnung im Grundsatz ablehnt? Muss sich ein Gemeinwesen nicht mit den Ursachen einer solchen Entwicklung auseinandersetzen?

In einem kurz vor der letzten Europawahl veröffentlichten Beitrag schreibt der bedeutende britische Historiker Timothy Garton Ash: *„Europa ist großartig für uns, die Schicht der ausgebildeten, privilegierten, mobilen Bürger mit einem gut bezahlten Arbeitsplatz. Aber könnten Sie auch einem arbeitslosen unqualifizierten Arbeiter im post-industriellen Norden Englands direkt ins Gesicht sagen: ‚Europa ist großartig‘? Oder einem Hochschulabgänger aus Südeuropa, der keinen Arbeitsplatz findet, oder einem Kind von Romas oder einem in einem Lager blockierten Flüchtling? Wir sind nur dann glaubwürdig, wenn wir zugeben, dass die Europäische Union in der Gegenwart eine existentielle Krise durchläuft, von innen und von außen attackiert*

⁴ Siehe POLITICO Brussels Playbook, 7.6.2019:

1. Environment and biodiversity, sustainable mobility, fighting climate change and zero waste, food, health.
2. Economic and social policy, jobs, trade, competition policy and industrial policy, taxation, EMU [Economic and Monetary Union] reform.
3. Innovation, digitalization, AI, single market, consumer protection.
4. Rule of law and fundamental rights, security, fight against terrorism, border and migration.
5. Europe in the world, development, defense, multilateralism, EU Africa relations, enlargement.” Eigene Übersetzung.

*wird. Sie zahlt den Preis sowohl für ihre früheren Erfolge, indem ihre Errungenschaften für selbstverständlich genommen werden, als auch für ihre früheren Fehler, von denen viele als liberale Übertreibungen charakterisiert werden können.*⁵

Die Generationswechsel in der Gesellschaft haben die Erinnerung an die Zustände vor der Gründung der Europäischen Union verblassen lassen, so dass von vielen nicht mehr wahrgenommen wird, was sie tagtäglich für die Bürger leistet:

- Sicherung des Friedens: Seit 75 Jahren gab es in (West-)Europa keinen Krieg mehr.
- Bürgern der Union steht ein großer Freiheitsraum offen, in dem gleiche Rechte sozialen Schutz und Sicherheit verleihen.
- Das reiche Angebot der Märkte macht die kulturelle Vielfalt der Regionen Europas durch ihre Erzeugnisse überall in der Union zugänglich.
- Die in weiten Teilen der Union gleiche Währung erleichtert Reisen und wirtschaftlichen Austausch, ermöglicht den Vergleich von Wohlstand und Konsumchancen.
- Selbst ein Studium im Ausland ist nicht länger eine Erfahrung weniger Privilegierter.

Geschichtsvergessenen Betrachtungsweisen mögen die beschriebenen Integrationsleistungen als für eine entwickelte westliche Lebensform selbstverständlich erscheinen. Das gilt insbesondere für politische Bestrebungen, die europäische Integration durch kleinräumige Selbstbestimmung ersetzen wollen. War es die naive Erwartung der Befürworter des Brexit, auf die Bindungen der Europäischen Integration könne ohne Einbußen verzichtet werden wie auf eine Leiter, mit der man auf eine höhere Ebene hinaufgestiegen ist? Erweist sich eine solche Option nicht als Illusion angesichts der objektiven Schwierigkeiten, denen das Vereinigte Königreich bei dem Unterfangen begegnet, real vollzogene Integration rückgängig zu machen? Sind die

⁵ “Europe is great for us, the educated, privileged, mobile and gainfully employed, but do you really feel like saying ‘Europe is great!’ with a straight face to the unemployed, unskilled worker in the post-industrial north of England, the southern European graduate who can’t find a job, or the Roma child or the refugee stuck in a camp? We are only credible if we acknowledge that the European Union is now passing through an existential crisis, under attack from inside and out. It is paying the price both for past successes, which result in its achievements being taken for granted, and past mistakes, many of them having the shared characteristic of liberal over-reach.” Timothy Garton Ash, *Why we must not let Europe break apart*, in: *The Guardian*, The long read, 9.5.2019, available at <https://www.theguardian.com/world/2019/may/09/why-we-must-not-let-europe-break-apart> (accessed on 11.5.2019). Eigene Übersetzung.

Gründe für einen politischen Zusammenschluss der Europäischen Staaten in der Gegenwart also nicht weniger geworden als vor 75 Jahren?

- Friede ist ein verderbliches Gut; wird der friedliche Ausgleich divergierender Interessen nicht in einer gefestigten Kultur – wie in den institutionellen Verfahren der Europäischen Union – beständig neu eingeübt, wird er früher oder später zerbrechen.
- Für die Ausübung demokratischer Souveränität müssen politische Institutionen und ihre gewählten Repräsentanten Verantwortung übernehmen, um die Lebensverhältnisse im Einklang mit *Zielsetzungen* gestalten, die vom mehrheitlichen Willen der in einem Gemeinwesen verfassten Bürgerschaft getragen werden. Beschränkt demokratische Politik sich darauf, den faktischen *Willen* einer Mehrheit ohne Rücksicht auf Folgen und Wirkungen zu erfüllen, wird dem Souverän nur eine Chimäre von Selbstbestimmung vorgegaukelt.
- Zur Gestaltung großer Menschheitsfragen sind angesichts der globalen Verflechtung nur Akteure von kontinentalen Dimensionen in der Lage. In Europa kann demokratische Souveränität deshalb nur durch Zusammenlegung und gemeinsame Ausübung staatlicher Hoheitsrechte ausgeübt werden.
- Als Vorbild für andere Weltregionen trägt das demokratisch vereinte Europa Verantwortung für den demokratischen Aufbau globaler Ordnungsstrukturen und bildet einen unverzichtbaren Baustein für die von Immanuel Kant erahnte universelle Friedensordnung – unter den Nationen wie zwischen den Menschen und dem sie umgebenden Leben.

Wenn all dies richtig ist, so beanspruchen doch die oben wiedergegebenen Stimmen der Zurückgebliebenen und von der Gesellschaft Vergessenen Gehör. Ihre Zahl mag geringer sein als das Drittel der Wählerschaft, das bei der Europawahl 2009 seine Stimme einer Partei gegeben hat, die der Europäischen Union skeptisch gegenübersteht. Aber selbst wenn dieser Kreis der Ausgeschlossenen nur ein Zehntel der Wählerschaft umfasste, wäre das Grund genug zu fragen, ob und welche Korrekturen an den Politiken der Union angebracht sind, um derartige Spaltungen in der Gesellschaft zu überwinden. Bei einer kritischen Würdigung wird man der Schlussfolgerung nicht ausweichen können, dass trotz vielfältiger Absichtserklärungen und Bemühungen die mit dem Leitbild des Integrationsprojekts verbundenen Zielsetzungen, den Bürgern der Union ein Leben in Freiheit, Frieden, Sicherheit und nachhaltigem Wohlstand zu ermöglichen, von den zur Europäischen Union zusammengeschlossenen Staaten noch nicht ausreichend verwirklicht sind. Denn die Voraussetzungen hierfür müssten in konstruktivem Zusammenwirken von Union und einzelstaatlicher Ebene erst noch geschaffen werden. Insbesondere ist es bisher nicht gelungen:

- die auf die kommunistische Herrschaft zurückgehende gesellschaftliche und ökonomische Spaltung Europas endgültig zu überwinden;
- den militärischen Konflikten im weiteren Umfeld der Union durch eine Friedenspolitik wirksam zu begegnen;
- den illegalen Migrationsbewegungen durch Eindämmung ihrer Ursachen und eine geordnete Einwanderungspolitik nachhaltig entgegenzuwirken;
- das weitere Anwachsen des zwischen europäischen Regionen, gesellschaftlichen Schichten und Generationen entstandenen Wohlstandsgefälles umzukehren;
- den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen auf ein nachhaltiges, mit den klimapolitischen Zielen vereinbares Maß einzuschränken;
- die ökonomischen Anreize für Wegwerf- und Abfallproduktionen durch konsequente Abwälzung der Kosten für Entsorgung und Wiederaufbereitung auf die Verursacher zu beseitigen;
- die Ökonomie einer Wissensgesellschaft für kommende Generationen mit sicheren Arbeitsplätzen und nachhaltigen qualitätsorientierten Produktionen zu entwickeln.

Aufgaben dieser Art können nur im Verlauf größerer Zeiträume bewältigt werden. Selbst da, wo über die Zielsetzungen schon weitgehende Einigkeit besteht, müssen Konsense über die angemessene Vorgehensweise in Gesellschaft und Politik erst noch erarbeitet werden. Demgegenüber hat die Auffassung, die Europäische Union sei zur Erfüllung solcher Aufgaben weder legitimiert noch strukturell in der Lage, in der Öffentlichkeit eine gewisse Aufmerksamkeit erhalten. Eine Rückkehr zu unilateralem Handeln einzelner Nationalstaaten, wie sie von dieser Meinungsrichtung propagiert wird, mag bei Zustandekommen entsprechender Mehrheiten schnell den einen oder anderen publikumswirksamen Beschluss ermöglichen. Die Auswirkungen solcher Beschlüsse auf das Gesamtgefüge der geschilderten Problemlagen sind jedoch unübersehbar. Dass sie zur Problembewältigung geeignet sind, ist jedenfalls kaum zu erwarten. Demgegenüber wäre die kritische Überprüfung der von der Europäischen Union verfolgten Politiken und befolgten Verfahrensweisen vielversprechend. Die Union verfügt sowohl über die kritische Masse zu wirksamem Handeln als auch über weitreichende Kompetenzen. Vielleicht muss sich aber Vieles wandeln, damit der bisher eingeschlagene Weg mit Erfolg weiter beschritten werden kann. Über mangelnde Einigkeit der Regierungen zu klagen ist wenig hilfreich, solange Interessenlagen signifikant divergieren und der Druck, Kompromisse zu schließen, fehlt. Über institutionelle Regeln nachzudenken ist deshalb nur auf Gebieten sinnvoll, wo einzelstaatliche Vetorechte keinerlei Anreiz zur Kompromissbil-

derung geben. Reale Veränderungen⁶ aber zwingen dazu, die Paradigmen bewährter Politiken auf den Prüfstand zu stellen. Für Veränderungen solcher Politiken werden – in europäischen und nationalen Wahlen – demokratisch errungene Mehrheiten notwendig sein. Die akademische Debatte hat den Sinn, im Vorfeld dazu im Hinblick auf die von innen und von außen drohenden Gefahren Fragen aufzuwerfen und Wege zu deren Lösung zu erörtern, um damit sachliche Argumente für die öffentliche Debatte zu liefern.

Das Fragezeichen im Thema des Symposions lässt Raum für die Hoffnung, die Bindekräfte des europäischen Verfassungsprozesses mögen sich als stark genug erweisen, die vorhandenen Tendenzen zur Desintegration zu integrieren. Die Frage ist nicht, ob es wünschenswert ist, den europäischen Einigungsprozess fortzusetzen, sondern welche Entscheidungen notwendig sind, was sich ändern muss und welches Umdenken dies voraussetzt, damit ein „*sozial zusammenhaltender, wirtschaftlich gesunder und sicherer Kontinent*“⁷ den am Horizont erscheinenden Gefahren gewachsen und von der Zustimmung der Bevölkerung getragen einer fruchtbaren Zukunft entgegengeht. Wenn die Konferenz über die Zukunft Europas, die die Institutionen der Europäischen Union im Jahre 2020 auf den Weg bringen wollen, einen Sinn haben kann, dann wäre es der, auf diese Frage eine Antwort zu finden. Die Beiträge in diesem Band unternehmen es, einige dafür relevante Aspekte zu untersuchen. Das Thema wird in drei Teilschritten aufgegriffen, denen die drei Kapitel dieses Bandes entsprechen.

Im ersten Kapitel präsentieren die Beiträge von Daniela Braun und Matthias Büttner eine Analyse der Ergebnisse der Europawahlen vom 26. Mai 2019. Wie veränderten sich die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments und damit die Perspektiven für die Gestaltung von Politik auf der Ebene der Europäischen Union?

Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit Gefahren, die der Europäischen Union aus ihrem Inneren erwachsen. Paradigmatisch für die bestehende Gefahrenlage ist einerseits, wie mit den im EU-Vertrag normierten Werten der Union umgegangen wird und ob die Grundlage für ihre Anerkennung in der Gesellschaft erodiert. Davon handeln die Beiträge von Ralph Christensen und Peter Schiffauer. Andererseits wird viel davon abhängen, wie das Spannungsverhältnis zwischen freiem Wettbewerb und sozialem Schutz in der Europäischen Union aufzulösen ist. Diesen Fragen wird

⁶ Man denke an die generelle Beschleunigung, Ausweitung und Virtualisierung menschlicher Aktivitäten durch Digitalisierung, die enorm gesteigerte Fragilität der Umweltbedingungen durch Nebenwirkungen menschlicher Tätigkeiten, insbesondere des Verbrauchs nicht erneuerbarer Ressourcen, dies alles auf einem Planeten, der durch Bevölkerungswachstum und Transportwesen kleiner und enger geworden ist.

⁷ ERT (Fn. 2) „a socially cohesive, economically healthy and safe continent“ (Eigene Übersetzung).

in den Beiträgen von Mechthild Schrooten und Magdalena Senn näher nachgegangen. Ein Round-Table-Gespräch, in dem prominente Repräsentanten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik darüber diskutierten, ob der gesellschaftliche Konsens über die Europäische Union zerbricht, schloss diesen Teil des Symposions ab. Diese Diskussion wurde aufgezeichnet und kann als Video-Stream verfolgt werden⁸. Auf eine Niederschrift zum Zweck der Aufnahme in diesen Band wurde verzichtet, weil sie der Lebendigkeit der Debatte nicht hätte gerecht werden können.

Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit Gefahren, die Europa von außen drohen. Der Beitrag des Europapolitikers Elmar Brok analysiert die geopolitischen Herausforderungen, mit denen die Europäische Union konfrontiert ist, aus politischer Sicht. Die Beiträge von Heike Joebges zu regionalen Wertschöpfungsketten als Chance im globalen Wettbewerb und von Wolfgang Weiß zu den Herausforderungen für die Wirtschafts- und Handelspolitik der EU bilden den Abschluss.

Die Redaktion der in diesem Band zusammengestellten Beiträge wurde abgeschlossen, als die Gefahren und Wirkungen der Covid-19-Pandemie noch nicht oder gerade erst vage am Horizont sichtbar wurden. Zum Zeitpunkt des Erscheinens des Bandes wirft die Pandemie neues Licht auf die hier behandelten Themen. Die Existenz einer globalen Schicksalsgemeinschaft der Menschheit, aber auch einer Schicksalsgemeinschaft der in Europa lebenden Menschen ist verstärkt ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Die Widersprüche zwischen unilateralen nationalen Notfallmaßnahmen und der Zweckmäßigkeit koordinierten Vorgehens in Europa sind deutlich geworden, zugleich aber auch die Einsicht, dass je nach den Umständen auch Vorgehensweisen auf regionaler, ja lokaler Ebene am besten zielführend sein können. Einigkeit scheint darüber zu bestehen, dass für die Überwindung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie die Europäische Union ein relevanter Handlungsrahmen ist, doch ist unklar, in welche Entwicklungsrichtung die neuen Wachstumsimpulse gesetzt werden. Mit Ausnahme des Beitrags von Heike Joebges wird auf all die jetzt neu diskutierten Fragen in diesem Band nicht eingegangen. In der aktuellen Situation sind die diagnostizierten Probleme jedoch nicht überholt. Vielmehr ist zu dem festgestellten Befund eine neue Problemschicht hinzugetreten. Auch bei deren Diskussion und Bewältigung beanspruchen die in diesem Band entwickelten Argumente Geltung und Beachtung.

Mein Dank gilt Frau Gabriele Goetz und Herrn Maximilian Rasche für vielfältige Hilfe bei der Fertigstellung des Bandes.

Wrocław / Hagen, im Mai 2020

Der Herausgeber

⁸ Verfügbar unter: <https://www.fernuni-hagen.de/videostreaming/rewi/dtiev/20190614.shtml> (Abruf am 30.01.2020).